

Leitartikel

Qualifikationen nicht vergeuden

Mehr Frauen in Führungspositionen

Von STEFAN VETTER
red.politik@mainpost.de



Wenigstens um ihre eigene Frauenquote muss sich die Bundesregierung keine Sorgen machen. An der Spitze steht eine Kanzlerin, und in fünf von 14 Ministerien sitzen ebenfalls Frauen im Chefessel. Die Bilanz der Wirtschaft fällt dagegen düster aus: Nur 3,2 Prozent der Vorstandsposten in den 200 umsatzstärksten Unternehmen waren im Vorjahr mit Frauen besetzt. Die 30 DAX-Unternehmen sind hier gewissermaßen nur der sichtbarste Ausdruck eines traurigen Zustands. Dabei hatten alle Beteiligten bereits vor zehn Jahren Besserung gelobt: Mehr Frauen in Führungspositionen. Doch geschehen ist wenig. Höchste Zeit also, den Lippenbekenntnissen Taten folgen zu lassen. Aber genau an diesem Punkt ist die Regierung, um es wohlwollend zu formulieren, reichlich unsortiert. Statt an einem Strang zu ziehen, werden gleich drei verschiedene Positionen feilgeboten. Sie reichen von der starren gesetzlichen Quote der Arbeitsministerin über die moderate Variante einer gesetzlichen Verpflichtung zum Selbstverpflichtung nach dem Muster der Familienministerin bis hin zur Ablehnung jedes Zwangs, so die Position der FDP: Politische Führung? Fehlzanzeige.

Die Wirtschaft ist, wen wundert's, ganz bei den Liberalen und lehnt eine gesetzliche Regelung ab. Um sie zu verhindern, präsentierten die großen Konzerne gestern eigene Zielvorgaben. Das mutet zwar fortschrittlich an, ist am Ende aber doch nur eine Scheinlösung. Denn jedes DAX-Unternehmen versteht unter „Führungspositionen“ etwas anderes. Einige wenige ziehen den Kreis tatsächlich sehr eng, bei den meisten aber zählt schon als Führungskraft, wer ein paar wenige Mitarbeiter unter sich hat. Schon an diesem

Trick zeigt sich, dass es ohne gesetzliche Rahmenbedingungen nicht gehen wird, um die männliche Dominanz in den Chefetagen zu knacken. Die Vorgabe einer generellen Frauenquote, wie sie Ursula von der Leyen vorschwebt, wäre dabei problematisch. Bei Banken und Handelsunternehmen zum Beispiel sind mehr als 50 Prozent der Beschäftigten Frauen. In der Metallindustrie liegt ihr Anteil dagegen nur bei 20 Prozent. Solche branchenspezifischen Unterschiede sollten sich auch in der geschlechtlichen Zusammensetzung der jeweiligen Unternehmenszentralen widerspiegeln dürfen. Ein gesetzlicher Quotenkorridor wäre demnach sinnvoller.

Wem auch das noch zu sehr nach staatlicher Überreglementierung riecht, der sollte bedenken, dass auch Vorurteile Zwang ausüben. Dazu gehört das Klischee, dass Frauen für hohe Führungspositionen nicht infrage kommen, weil sie irgendwann Kinder haben und der Firma dann allenfalls mit halber Kraft zur Verfügung stünden. Dass Mann sich kümmern könnte, ist in den Köpfen vieler Entscheider einfach nicht drin. Auf der anderen Seite gibt es viele bestens qualifizierte Frauen, die trotz dauerhafter Kinderlosigkeit nur mäßig Karriere machen. Denn wenn fast nur Männer in den Vorständen das Sagen haben, werden ihre Nachfolger erfahrungsgemäß auch wieder Männer sein. So funktionieren nun einmal die persönlichen Netzwerke.

Am Ende geht es um die Chancen, die Frauen erst bekommen müssen, um im Unternehmen aufzusteigen. Und es geht darum, nicht ganze Generationen hochgebildeter Frauen von Top-Posten in der Wirtschaft auszuschließen und diese Qualifikation zu vergeuden. Der Begriff „Quotenfrau“ ist fehl am Platz. Eine weibliche Quote erübrigt sich ohnehin, wenn Frauen Netzwerke an oberer Stelle knüpfen könnten. Manns genug dazu wären sie.

Zitat des Tages



„Jeder muss heute und nicht erst morgen Zugang zu den nötigen Lebensmitteln haben.“

Papst Benedikt XVI. verurteilt Spekulationen mit Nahrungsmitteln

Papst Benedikt XVI. FOTO: DPA

Impressum

MAIN-POST SCHWEINFURTER TAGBLATT
VOLKSBLATT VOLKSZEITUNG BOTE VOM HASSGAU
unabhängig überparteilich

Verlag und Druck: Main-Post GmbH & Co. KG
Registriergericht: AG Würzburg HRA 6681
Chefredakteur: Michael Reinhard
Chefredaktion: Helmut Hieckel (Regionalredaktion Süd u. Chef v. Dienst), Andreas Kemper (Regionalredaktion Main-Rhön u. Chef v. Dienst), Peter Krones (Projektmanagement), Folker Quack (Überregionales u. Multimedia), Anton Sahlender (Qualitätsmanagement u. Leserservice). Weitere verantwortl. Redakteure: Werner Barthel (Sonderpublikationen), Wolfgang Keil (Kultur u. Journal), Ivo Knahn (Gestaltung), Achim Muth (Reporterchef), Roland Schmitt-Raiser (Multimedia), Günther Schwärzer (Sport), Joachim Staab (Ltg. Volksblatt, Überregionales Kunden), Michael Deppisch (Überregionales u. Wirtschaft), Martina Riederle (Überregionales u. Reise). Stellvertreter: Ralph Heringlehner (Kultur), Margit Klingner (CvD u. Ausbildung), Wolfgang Ottinger (Sonderpublikationen), Hans Strauß (Sport), Peter Weidner (Franken/Bayern). Korrespondenten: Werner Kolhoff, Stefan Vetter, Hagen Strauß (Berlin), Henry Stern (München), Detlef Drewes (Brüssel), Gerd Höhler (Athen/Ankara), Birgit Holzer (Paris), Gil Yaron (Tel Aviv), Stefan Küpper (Rom), Frank Hollmann (Shanghai).

Anzeigen: Matthias Faller, Peter Kruse (Stv.). Für Anzeigen gelten unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen und die Preisliste Nr. 60 v. 1. 1. 2011. Vertrieb: Holger Seeger; Zustellung: Main-ZustellService GmbH. Persönlich haftende Gesellschafterin: Main-Post Verwaltungen GmbH, Registergericht: AG Würzburg HRB 10997; Geschäftsführer: David Brandstätter. Gemeinsame Postanschrift: Berner Straße 2, 97084 Würzburg, Telefon (0931) 6001-0, Fax (0931) 6001-420, E-Mail: service.center@mainpost.de. Bei Ausfall infolge höherer Gewalt, Arbeitskampf, Verbot oder bei Störungen in der Druckerei bzw. auf dem Versandweg besteht kein Erfüllungs- und Entschädigungsanspruch. Kündigung des Abonnements nur schriftlich beim Verlag mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende. Alle Rechte gemäß § 49 UrhG vorbehalten. Es gelten die AGB für Anzeigen und Vertrieb unter mainpost.de. Erscheinungsweise werktags. Wir sind der IVW angeschlossen, das bedeutet: geprüfte Auflagenangaben.



ZEICHNUNG: CHRISTIANE PFOHLMANN

„Kein Ausbüxen aus Tarifverträgen“

Wirtschaftsexperte Horn über die ungleiche Verteilung der Einkommen

Das Gespräch führte
SUSANNE EHLERDING

In den zurückliegenden Jahren hat die deutsche Wirtschaft gut zugelegt und Gewinne eingefahren. Von diesem Zuwachs profitieren zumeist Unternehmen, Anleger und obere Einkommenschichten. Bei den anderen Beschäftigten dagegen kommt wenig an. Warum das so ist und welche Folgen das haben kann, erläutert Wirtschaftsexperte Gustav A. Horn.

FRAGE: Die Bevölkerung ärgert sich ja immer wieder über Boni, hohe Gehälter und Abfindungen für Manager. Hat es das aber nicht schon immer gegeben?
GUSTAV A. HORN: Im Prinzip hat es immer schon Unterschiede gegeben, aber sie waren selten so groß wie jetzt. Das hat sich in den letzten zehn, fünfzehn Jahren massiv auseinanderentwickelt. Diejenigen, die vorher schon im oberen Einkommenssegment waren, haben sich noch weiter von den mittleren und vor allem von den unteren Einkommen entfernt.

Sie sagen, dass weite Kreise der Bevölkerung schon seit Jahren vom Wohlstandszuwachs ausgeschlossen sind. Woran bemessen Sie das?
HORN: Wir haben in Deutschland ein Wachstum gehabt, es ist eine Wertschöpfung entstanden. Wenn man sich anschaut, wo sie geblieben ist, dann muss man sagen: nicht bei den unteren Einkommen. Die haben sogar verloren. Die mittleren haben sich in etwa so gehalten. Die Wertschöpfung ist allein bei den oberen Einkommen gelandet.

Wie kam das?
HORN: Die Beschäftigten sind durch die Arbeitsmarktpolitik sehr unter Druck gesetzt worden, Stichworte Hartz IV und Ausweitung der Leiharbeit. Die Lohnsteigerungen für Beschäftigte fielen eher schwach aus, besonders im Dienstleistungsbereich. Da war die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften besonders in Ostdeutschland gering. Umgekehrt hat es auch damit zu tun, dass Leute mit sehr speziellen Tätigkeiten, wie im Finanzsektor, extrem hohe Bonuszahlungen bekommen haben.

Der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft werde durch das Auseinanderklaffen der Einkommen immer brüchiger, warnen Sie. Welche Folgen befürchten Sie?
HORN: Wenn sich die Einkommen so unterschiedlich entwickeln, entstehen unterschiedliche Wertvorstellungen. Das schafft Probleme. Meine größte Sorge ist allerdings eine andere,

eine ökonomische: Die Leute, die viel Geld haben, müssen es ja irgendwo anlegen. Sie neigen zunehmend auch zu riskanten Anlagen, weil der einzelne Euro nicht mehr so wertvoll für sie ist. Das ist ein relevanter Geldstrom und eine der Quellen, aus der sich Finanzkrisen speisen.

In letzter Zeit haben sich einige Vermögende zu Wort gemeldet, die gem mehr Steuern zahlen würden. Gibt es über diese Einzelstimmen hinaus Untersuchungen zur Zahlungsbereitschaft der Reichen?

HORN: Mir ist das nicht bekannt, dass es eine systematische Untersuchung gäbe. Es geht ja außerdem um eine wirklich gesellschaftspolitische und verteilungspolitische Frage: Wie viel wollen wir, dass jeder von seinem Einkommen an die Allgemeinheit abgibt? Das ist eine Frage, die es im Bundestag zu entscheiden gilt. Das kann nicht davon abhängen, ob jemand bereit ist, mehr zu zahlen.

Steuergerechtigkeit ist vom Grundgesetz gewollt. Welche Modelle schlagen Sie vor?

HORN: Steuergerechtigkeitsfragen sind Streitfragen, über die man diskutieren kann. Aber aus meiner Sicht sollten diejenigen, die ein hohes Einkommen und ein hohes Vermögen haben, überproportional zum Steueraufkommen beitragen. Das spricht dafür, den Spitzensteuersatz nach oben zu bewegen. Es spricht auch für eine Vermögensbesteuerung und eine Besteuerung von Finanztransaktionen. Sie werden im Gegensatz zu realen Transaktionen, die wir im Lebensmittelgeschäft machen, nicht besteuert.

Von einer Finanztransaktionssteuer war schon lange die Rede, kürzlich hat die EU-Kommission sie ihren Mitgliedsstaaten vorgeschlagen. Warum erst jetzt?

HORN: Es wurden immer wohlfeile Entschuldigungen gesucht, dass alle mitmachen müssten, damit die Steuer überhaupt effektiv wird. Das stimmt aber nicht. Wenn allein die Länder der

EU oder auch nur der Europäischen Währungsunion es machen würden, wäre das ein klares Signal. Ausweichen in andere Länder kostet ja auch Geld, und sie können den europäischen Markt nicht einfach vernachlässigen. Wenn dann alle, die Risiken suchen, ausweichen, dann soll es so sein, dann haben diese Länder auch die Probleme der nächsten Finanzmarktkrise.

Zahlen Gutverdiener bei uns relativ wenig Steuern?

HORN: Die Deutschen sind bei der Besteuerung unterdurchschnittlich. Allerdings zahlen wir relativ hohe Sozialabgaben. Das ist in anderen Ländern anders, in denen die Sozialleistungen steuerfinanziert sind. Darum sind die Steuern dort höher und ein Vergleich ist nur bedingt aussagefähig. Aber insgesamt ist die Abgabenbelastung in Deutschland nicht besonders hoch.

Was würden höhere Steuern für Gutverdiener oder die Wiedereinführung der Vermögensteuer bringen?

HORN: Die Anhebung des Spitzensteuersatzes brächte so um die fünf Milliarden Euro. Bei der Vermögenssteuer hängt es natürlich davon ab, wie man die Sätze festlegt und wie man die Vermögensarten besteuert. Da können schnell zehn, fünfzehn Milliarden zusammenkommen, und bei der Finanzmarkttransaktionssteuer noch so ein Betrag. Zusammen ist das über ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts – eine relevante Größe.

Was sollte man damit anfangen?

HORN: Erstmal muss der Staat überhaupt auf eine solide Finanzbasis gestellt werden, damit wir ihn über die Konjunkturzyklen hinweg und vor dem Hintergrund der Schuldenbremse finanzieren können. Das ist im Moment noch nicht der Fall. Wir brauchen, ohne dass wir Staatsausgaben in irgendeiner Form ändern, höhere Einnahmen, sonst kommen wir einfach nicht hin. Und was dann übrig bleibt, muss man in investive Bereiche stecken, das heißt Bildungssystem, das heißt Energiewende. Da werden sicher erhebliche Beträge fällig werden.

Abgesehen von den Steuern: Wie sollte man der Umverteilung von unten nach oben entgegenwirken?

HORN: Das Wichtigste ist, dass man auf dem Arbeitsmarkt wieder faire Verhältnisse einkehren lässt. Das heißt, das Ausbüxen aus Tarifverträgen zu verhindern. Und man muss einen Mindestlohn einführen, um die skandalös niedrigen Löhne zu bekämpfen. Das hilft ja schon einer Menge Leuten und es hilft auch dem Staat selbst. Er profitiert am meisten davon, weil er die Löhne nicht mehr mit Sozialleistungen aufstocken muss.

Gustav A. Horn

Der Chef des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung wurde 2008 – inmitten der Finanzkrise – von der „Financial Times Deutschland“ als „Prognostiker des Jahres“ ausgezeichnet. Jetzt erschien sein Buch „Des Reichtums fette Beute. Wie die Ungleichheit unser Land ruiniert“.



FOTO: DPA

Leserforum

Ihre Briefe bitte an: E-Mail: leserbriefe@mainpost.de; Fax: (0931) 6001-346, Postanschrift: Redaktion Leserbrief, Berner Straße 2, 97084 Würzburg. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Leserbriefe werden auch im Internet veröffentlicht.

Unglück vor Augen geführt

Zum Artikel „Gedemütigt von den Franziskanerinnen“ (11.10.), in dem es darum geht, wie die Oberzeller Schwestern an das Schicksal ehemaliger Heimkinder erinnern: Ich bin entsetzt über die undifferenzierte Berichterstattung zum Bemühen der Oberzeller Schwestern, geschehenes Unrecht gutzumachen. Die 50er und 60er Jahre waren stark von autoritären Gesellschaftsstrukturen geprägt, in der Bundesrepublik wie in der Deutschen Demokratischen Republik. Leidtragende waren die Kinder, gleich ob im Heim, im Internat, in der Schule oder in den Fa-

milien. Diese Generation litt und leidet deshalb an vielen Traumata, auch wenn sie es nicht wahrhaben will. So kann ich Frau Wisent nicht wie die Autorin bedauern, sondern nur gratulieren, dass sie ihre Traumata Menschen vorwerfen kann, die ihren Glauben öffentlich leben und Verständnis für alle geschundene, auch nichtgläubige Menschen aufbringen, ja dieses Unglück sich und den nachfolgenden Mitschwestern täglich vor Augen führen wollen. Wo findet sich dies heute noch?
Dr. Ute Feuerbach, 97332 Volkach

Teurer und komplizierter

Zum Artikel „Ramsauer und die Pkw-Maut“, der sich mit der Forderung nach einer Autobahngebühr befasst: Der Staat braucht Geld trotz höchstem Steueraufkommen der Nachkriegszeit: Ich denke an Abgeltungssteuer, Mehrwertsteuererhöhung und eine ständig steigende Summe aus der Verteuerung der Mineralöl- und Treibstoffe. Eine Autobahngebühr soll helfen. Wir, die Bundesbürger, zahlen so gut wie auf allen Autobahnen unserer Nachbarländer. Warum nicht unsere Nachbarn ebenfalls zur Kasse bitten, bei der Benut-

zung unserer Autobahnen? Klingt zunächst gut, zumal im Hintergrund zögernd von einer Reduzierung der Kfz-Steuer gesprochen wird. Nun wird man diese Autobahngebühr sicherlich in den Mantel einer Reform hüllen mit dem Ergebnis: teurer, komplizierter oder wie im Regelfall beides. Was wird unseren Politikern erst in Rezessionszeiten einfallen? Zeiten, in denen die Steuerquellen weniger sprudeln? Diese Zeiten kommen so sicher wie das Amen in der Kirche!
Paul Becker, 97076 Würzburg

Gegen jegliche Vernunft

Zum Artikel „In der Region fehlen Therapeuten“, der sich mit dem Angebot für psychisch Kranke befasst: Ungeachtet der steigenden Zahl an psychisch erkrankten Menschen, die dringend Hilfe brauchen, will die schwarz-gelbe Bundesregierung Therapeutenplätze streichen. Das widerspricht jeglicher Vernunft. Was geschieht dann mit den Erkrankten oder den Therapeuten? Soll es dann in etwa so ablaufen: Entschuldigung, Herr Therapeut! Aber leider müssen wir Ihre Praxis schließen. Sie können sich ja bei der Arbeitsagentur melden. Die finden schon den passen-

den Job für Sie! Was denn, Herr M., Sie brauchen einen Therapieplatz? Leider müssen wir Ihnen mitteilen, dass wir einige Praxen geschlossen haben. Aber Sie können ja ihre psychische Erkrankung auf die inneren Organe legen und sich einen Arzt suchen, der Sie behandelt.
Ich habe so das Gefühl, dass in der schwarz-gelben Bundesregierung eine noch nicht klassifizierte psychische Erkrankung grassiert. Oder wie soll man sich solchen „Irrsinn“ erklären?
Marina Maggio, 97084 Würzburg